

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 124

Montag, 30. Mai 1927

34. Jahrgang

Das Ergebnis von Kiel

Kiel, 28. Mai (Eig. Bericht)

In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wird der Kieler Parteitag als einer der wichtigsten und bedeutungsvollsten verzeichnet werden. Er hat aufs neue bewiesen, daß die Sozialdemokratie die Partei des arbeitenden Volkes ist und daß keine andere Partei so unmittelbar in dem Bewußtsein und den Gefühlen der Massen lebt wie sie. Diesen Beweis erbracht zu haben, ist das große Verdienst der Kieler Parteioberleitung. Ihr gebührt für die umfassende und eindrucksvolle Organisation des Parteitages der Dank der ganzen Partei. Er wird um so größer sein, als der treffliche Geist, der die Kieler Arbeiterschaft befeuert und der in sehr vielen Veranstaltungen zum Ausdruck kam, die Verhandlungen des Parteitages befruchtete und zu seinem erhebenden Verlauf und guten Gelingen wesentlich beigetragen hat.

Würdigt man das Gesamtergebnis des Parteitages unter allgemeinen Gesichtspunkten, dann ist zunächst festzustellen, daß die Sozialdemokratie geschlossener und einiger ist als wir es selbst vor dem Parteitag erwarteten. Gewiß bestehen Meinungsverschiedenheiten, und sie sind selbst auf dem Parteitag nicht immer in der Form ausgetragen worden, wie man es gewünscht hätte. Aber je mehr die Verhandlungen fortgeschritten und je größer die Probleme wurden, mit denen man sich beschäftigte, um so mehr wuchs die geistige Höhe der Verhandlungen, setzte sich der Geist der Kameradschaftlichkeit, der Wille zur Verständigung und das Bewußtsein der Notwendigkeit der Disziplin durch. Daher hinterläßt der Parteitag den Eindruck, daß auch die Träger verschiedener Anschauungen künftig einträchtig zusammen arbeiten werden; denn auf allen Seiten ist das Bestreben erkennbar, die eigenen kleinen Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen, um die großen Auseinandersetzungen mit dem Bürgertum und den Sieg der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Über die Taktik der Partei ist in den letzten Monaten viel diskutiert worden. Aber schien es vor dem Parteitag, als ob in dieser bedeutsamen Frage fast unüberbrückbare Gegensätze bestanden, so hat der Parteitag gezeigt, daß auch hier die Verständigung weit fortgeschritten ist. In allen Kreisen der Partei hat die erzwungene Oppositionsstellung, in der wir uns gegenwärtig im Reich befinden, klärend gewirkt. Die grundsätzliche Ablehnung jeder Koalitionspolitik wird heute eben so wenig vertreten wie die bedingungslose Teilnahme an der Regierungsarbeit, ohne Rücksicht auf die Vorteile für die Arbeiterklasse. Daraus wuchs von selbst die Befreiung auf einer mittleren Linie hervor, die von Hilferding in seinem an seine besten Leistungen herankommenden Referat in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt

worden war und das um deswillen so große Bedeutung hat, weil es nachwies, daß der Kampf um den Sozialismus zu einer Aufgabe der politischen Gegenwart geworden ist.

Die Reden der Opposition ließen außerdem erkennen, daß die von ihr vorgelegte Entschliebung vor allem wegen ihrer Kürze die Gegensätze schärfer betonte. Andererseits hat Severing durch die Forderung nach höchster Aktivität und durch Betonung des unbedingten Nachwiltens der Arbeiterklasse von der anderen Seite her unterstrichen, daß Koalitionspolitik nur dann gerechtfertigt sei, wenn sie Machtpolitik der Arbeiterklasse bedeute. So bleibt eigentlich kaum ein anderer Gegenstand übrig als der mit Worten, zumal gegenwärtig eine praktische Entscheidung über Koalitionspolitik im Reich und in Preußen nicht in Aussicht steht.

Der Parteitag hat aber auch in einer ganzen Reihe von wichtigen Einzelfragen zur Verständigung geführt oder Entscheidungen getroffen. In dem Streit um die Stellung der Partei zur Beamtenschaft hat er der grundsätzlichen Sympathie der Partei für die freien Beamtensorganisationen Ausdruck gegeben, aber den von mancher Seite gewünschten äußeren Zwang abgelehnt. In dem bevorstehenden Kampf um die Schule und gegen das Konkordat hat er den politischen Instanzen Richtlinien in die Hand gegeben, mit denen die Partei in der Lage sein wird, das Bildungsprivileg des Bürgertums zu bekämpfen und der Unterordnung des Staates unter die Kirche zu begegnen. Auch in der Agrarfrage, die seit vielen Jahren die Partei beschäftigt, ohne daß eine praktische Lösung gefunden wurde, ist das einstimmig angenommene neue Agrarprogramm ein weithin leuchtendes Zeugnis für den Willen der Partei, den Kampf um die Seele der bäuerlichen Bevölkerung aufzunehmen.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieses Ergebnis des Parteitages dem Werben der Sozialdemokratie unter den arbeitenden Schichten des deutschen Volkes neue Auftriebe geben wird. Die Zeit der politischen Stagnation ist überwunden. Die Arbeiterklasse sammelt sich wieder unter dem Banner der Sozialdemokratie und mit der alten Begeisterung wird sie um die Seele aller Proletarier zum Kampf gegen das Bürgertum im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Getragen von den hohen Idealen des Sozialismus kämpft sie gegen das Besitz- und Bildungsprivileg des Bürgertums, will sie die Republik zu einem sozialen Staat gestalten. Auf dem Wege zu diesem Ziele hat der Kieler Parteitag die wichtigsten Waffen geschmiedet und die Voraussetzungen geschaffen, mit denen dieses hohe Ziel zu erreichen sein wird.

Rußlands Antwort

Berlin, 30. Mai (Radio)

Die russische Regierung hat dem kritischen Geschäftsträger in Moskau eine von Litwinow unterzeichnete Antwortnote überreicht, in der es heißt: „Der Beschluß der Regierung Großbritanniens, das Handelsabkommen von 1921 aufzuheben und die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjet-Union und Großbritannien abzubrechen, ist der Sowjet-Regierung nicht unerwartet gekommen. Sie weiß schon längst, daß der Abbruch der Beziehungen mit der Sowjet-Union durch die ganze Politik der jetzigen britischen konservativen Regierung vorbereitet wurde, die alle Anträge der Sowjet-Regierung auf eine Regelung der gegenseitigen Beziehungen durch Verhandlungen ablehnte. Die Sowjet-Regierung weiß nochmals entschieden alle Beschuldigungen, daß sie jemals das Abkommen von 1921 verletzt hätte, als vollkommen unzutreffend und durchaus unbegründet zurück. Die einzige Quelle dieser Beschuldigungen ist eine gewissenlose Information, die aus anrüchlichen Quellen weiß-russischer Emigranten gespeist wurde und die gefälschten Dokumente, mit denen die britische Regierung während der ganzen Dauer der Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Sowjet-Union gern zu operieren pflegte. Die Ergebnislosigkeit der Durchscheidung der Handelsdelegation, die mit größter Sorgfalt einige Tage lang ausgeführt wurde, ist der beste Beweis für die Loyalität und die Gerechtigkeit der offiziellen Agenten der Sowjet-Union. Die Sowjet-Regierung übergeht die Unterstellungen britischer Minister über eine Spionage der Handelsdelegation mit Verachtung und hält es unter ihrer Würde, auf sie zu antworten.“

Die Sowjet-Regierung stellt fest, daß die britische Regierung sowohl für die erste Verletzung des Handelsabkommens von 1921, die ihren Ausdruck fand in einem Ueberfall der Polizei auf egypterritoriale Räume der offiziellen Agenten der Sowjet-Union wie auch für die zweite Verletzung, die in der Aufhebung dieser Abmachung ohne die vorgesehene sechsmonatige Kündigung besteht, eine rechtmäßige Veranlassung hatte. Es ist der ganzen Welt vollkommen klar, daß der Hauptgrund für den Bruch des Handelsabkommens die konservativen Regierung in China ist und der Versuch, dieses Risiko durch eine Diversion gegenüber der Sowjet-Union zu verschleiern. Ferner, daß der unmittelbare Anlaß der Wankung der britischen Regierung ist, die öffentliche Meinung vor der Ergebnislosigkeit des unsinnigen Ueberfalls der Polizei auf die Arcos und die Handelsdelegation abzulenken und dem

britischen Minister aus der skandalösen Lage herauszuhelfen, in die er infolge dieses Ueberfalls geraten ist.

Die Völker der Sowjet-Union und ihre Regierung gegen keine Feindschaft gegen die Völker des britischen Reiches, mit denen sie normale und freundschaftliche Beziehungen unterhalten wollten. Die britische Regierung zieht dem System normaler Beziehungen das System der Gewalttätigkeiten und der Feindschaft vor. Sie hat sich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, für den sie die ganze Verantwortung übernehmen muß, im vollen Bewußtsein der Erschütterung entschlossen, die dieser Bruch unvermeidlich in den bestehenden politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen hervorrufen wird. Sie mußte wissen, daß der Bruch das wirtschaftliche Chaos, das Europa nach dem Weltkrieg noch nicht überwunden hat, verschärfen und der Sache des Friedens einen schweren Schlag versetzen wird. Sie hat sich jedoch zu dieser Handlung entschlossen, indem sie die Interessen breiter Massen des britischen Reiches und selbst der britischen Industrie opferte. Die Sowjet-Regierung nimmt von diesem Akt in der vollen Ueberzeugung Kenntnis, daß er nicht allein von den weckfertigen, sondern auch von allen fortschrittlichen Elementen der ganzen Welt verurteilt wird. Sie spricht zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Zeit nahe ist, wo das britische Volk die Möglichkeit findet, sein Streben nach Frieden und Wiederherstellung der normalen freundschaftlichen Beziehungen zu den Völkern der Sowjet-Union unbehindert zu verwirklichen.

Für die weltliche Schule

Leipzig, 30. Mai (Radio)

Die Elternratswahlen in Leipzig, die bei einer Wahlbeteiligung von fast 70 Prozent stattfanden, endeten mit einem großen Sieg der weltlichen Schule. Für die SPD. wurden abgegeben 23 024 Stimmen (im Vorjahre 19 804) für die KPD. 5243 (5791), für die zentrale Elternvereinsung 299 (318), für die christlichen Elternvereine 24 698 (24 331). Die weltliche Schule erhielt 353 (334) Sitze, davon stellt 304 die Liste der SPD. Die Christlichen bleiben mit 311 (319) Sitzen in der Minderheit. Die Sozialdemokratie hat 50 Sitze gewonnen.

Neu-Gruppierung in China

Von
T'ang Leang-Li

Die Nachrichten aus China sind in der Form, in der sie nach Europa dringen, so verwirrend und widerspruchsvoll, daß es beinahe unmöglich scheint, ein klares und unparteiisches Bild von den gegenwärtigen Vorgängen zu geben.

Kein Zweifel: es besteht ein Bruch zwischen dem rechten und linken Flügel der nationalistischen Partei oder richtiger zwischen dem mehr radikalen Zentralexekutivkomitee in Hankau, dessen prominenteste Persönlichkeiten Dr. Hsu-Tschin, T'ang-Yen-Ta und Tang-Scheng-Schi sind, einerseits, und dem Censorate (dem Obersten Ueberwachungskomitee) in Nanjing andererseits, wofür letzteres aus den älteren Pionieren der Partei, wie Tschai Yuan Pei, Tschang Tsching Kiang, Wu-Tse-Huei zusammengesetzt ist, und das jetzt — eine in Europa bei der Beurteilung der chinesischen Ereignisse in ihrer Bedeutung unterschätzte Tatsache — Tschiang Kai-Schek seine moralische Unterstützung gewährt.

Was zunächst die Frage der Militärpolitik anlangt, so war die Hankauer Sektion der Partei der Auffassung, daß es für die nationalistische Regierung besser wäre, zunächst das bereits in ihrem Besitze befindliche Gebiet zu konsolidieren, hier eine überlegene und leistungsfähige Zivilverwaltung einzuführen und dadurch die Sympathie und Unterstützung des übrigen China zu gewinnen. Auf der anderen Seite bestand Tschiang Kai-Schek auf der weiteren Einsetzung der Militärmacht und auf einen sofortigen Vormarsch auf Schanghai und Nanjing. So kam es, daß das Oberste Ueberwachungskomitee die Zentralexekutive der Partei anklagen konnte, die revolutionäre Armee in dem kritischen Augenblick mit ihrer Unterstützung im Stich gelassen zu haben, wo sie in die Kämpfe um Schanghai und Kiangsu verwickelt war.

Des ferneren wünschte Hankau, was die nichtmilitärische Seite der Angelegenheit anlangt, die revolutionären Massen innerhalb des von der nationalistischen Armee eroberten Gebietes durch die Gewährung von sofortigen und wesentlichen Konzessionen an das ländliche und städtische Proletariat zu konsolidieren und für die Sache der Kuomintang-Partei zu gewinnen. Hankau ist der Auffassung, daß eine radikale soziale Politik notwendig sei, um das Vertrauen und die Mitarbeit der Arbeiter und Bauern zu sichern. Deshalb begann es die lokalen und provinziellen Parteiorganisationen der Kuomintang von denjenigen Elementen zu säubern, welche es als unerwünscht betrachtete. Diese Politik gipfelte in den im März hinsichtlich der Finanz- und Außenpolitik gefaßten Resolutionen, welche jedes Mitglied und jeden Angestellten der Partei mit Ausschluß aus der Partei bedrohten, falls er auf eigene Faust irgend welche finanzpolitische Maßnahmen anordnen oder irgend welche Äußerungen bezüglich der Außenpolitik machen sollte, welche nicht in Uebereinstimmung mit der Politik der Zentralexekutive ständen.

Angeichts der finanziellen Operationen, welche Tschiang Kai-Schek in Schanghai vorgenommen, und der diplomatischen Besprechungen hinsichtlich der Vorkommnisse in Nanjing, welche er ohne Autorisation von Seiten der Partei und trotz seiner Loyalitätserklärung gegenüber der Zentralexekutive geführt hat, ist sein Ausschluß aus der Partei technisch zweifellos gerechtfertigt. Tschiang Kai-Schek setzte jedoch mit der moralischen Unterstützung des Obersten Ueberwachungskomitees eine unabhängige Regierung in Nanjing ein. Indem es dieser Regierung ihre Zustimmung gab, machte sich jedoch das Oberste Ueberwachungskomitee — welches kurze Zeit vorher die Zentralexekutive anlässlich der Wiedererhebung des Militärischen Rates der unerlaubten Einmischung in militärische Angelegenheiten beschuldigt hatte — selbst einer Ueberziehung seiner Machtbefugnisse schuldig, da das Parteistatut dem Ueberwachungskomitee lediglich ein Vetorecht zugestanden hatte.

Solcher Art stellte sich die innere Lage in der Partei vor Monatsfrist dar. Im Augenblicke, wo diese Zeilen geschrieben wurden, sind deutliche Anzeichen vorhanden, daß der Bruch zwischen dem linken und rechten Flügel der Kuomintang-Partei lediglich als vorübergehend zu betrachten ist. Bereits jetzt hat Tschiang Kai-Schek Verhandlungen mit Hankau angestrengt, um eine Annäherung zwischen den beiden Regierungen herbeizuführen. Außerdem ist in jüngster Zeit unter den Massen der Partei der Ruf nach Einberufung eines Landesparteitages, dessen Aufgabe es sein soll, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Flügeln in einer freundschaftlichen Weise zu bereinigen, lauter und lauter geworden. Trotz der heftigen Sprache, welche die Hankau-Gruppe gegenüber Tschiang Kai-Schek führt, ist sich die Zentralexekutive wohl bewußt, welche außerordentlichen Bedeutung seine militärische Begabung für die nationalistische Sache darstellt. Tschiang Kai-Schek seinerseits ist entschlossen, nicht gegen Hankau zu kämpfen — womit er nur den imperialistischen Großmächten in die Hand spielen würde.

So wird früher oder später die Einheit zwischen beiden Flügeln der Kuomintang-Partei wieder hergestellt werden im Geiste der Lehren des verstorbenen Dr. Sun Yat Sen.

